



für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 5/26 (Nr.52) am 14. März 2026

Mitgliederversammlung des Ortsvereins Saar-Blies:

Tobae & Matheis wiedergewählt

Am 12. März 2026 fand die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Saar-Blies im Rahmen der Organisationswahlen statt. Die Versammlung wählte erneut Rainer Tobae zum Vorsitzenden und Charlotte Matheis zu seiner Stellvertreterin. Auf der Tagesordnung stand die Rechenschaftslegung und die Neuwahl des Regionalvorstandes für insgesamt 29.771 Mitglieder. Es gab drei Beschlüsse.



Im Gebiet des OV sind 29.771 Mitglieder in ver.di organisiert. In der Regel treffen sie sich in den Betriebsgruppen und den Fachbereichen, aber auch bei den Frauen, der Jugend und in verschiedenen Gruppen wie z.B. Erwerbslose, Arbeiterinnen und Arbeiter, Beamte, Migranten, MTI und Quer (LSBTIQ).

Gemeinsam, egal in welchem Fachbereich und Betriebsgruppe man sonst organisiert ist, der Ortsverein Saar-Blies der Gewerkschaft ver.di trifft sich einmal im Monat fachbereichsübergreifend. Eingeladen werden sind immer alle, die sich dazu eingetragen haben. Die Gruppe steht für eine solidarische fachbereichsübergreifende Diskussionskultur. Auch haben wir eine Aktivengruppe geschaffen, die schnell bei Aktionen und Streiks unterstützen kann. Die Sitzungen und Veranstaltungen sind öffentlich und stehen prinzipiell jedem Mitglied im Organisationsbereich des Saarlandes zur aktiven Teilnahme offen.



Vorsitzender Rainer Tobae konnte in seinem Rechenschaftsbericht auf beachtliche Aktivitäten seit der Gründung am 18. Juli 2023 verweisen. Er stellte sich in seinem Vortrag die Frage, ob der Ortsverein nicht der Friedensfrage zu viel Beachtung schenken würde und setzte sich mit dieser These sehr ausführlich auseinander, indem er die Zusammenhänge zwischen Angriffen auf die Sozialpolitik bei gleichzeitiger Hochrüstung aufzeigte. Das Referat kann bei uns bei Wunsch angefordert werden.

Rainers Referat fand in der Diskussion und Ausspra-



che die ungeteilte Zustimmung der Kolleg*innen. Auch ver.di-Geschäftsführer Christian Umlauf bedankte sich bei dem Ortsverein für seine Arbeit.

Einstimmig wählte die Versammlung den Kollegen Rainer Tobae aus Saarbrücken erneut zum Vorsitzenden. Ebenfalls einstimmig wiedergewählt wurde Kollegin Charlotte Matheis aus Neunkirchen. Einhellig auch die Wahl der sechs Frauenmandate. Gewählt wurden Golnaz Abedian, Monika Guss, Barbara Kriebisch-Spelz, Hannelore Philippi, Dina Hertel und Gabriele Ungers. Die weiteren Mandate für den Vorstand erhielten Michael Quetting, Bernd Schumann, Michael Steinmetz und Rolf Strauß.

Monika Guss und Rainer Tobae vertreten den Ortsverein auf der Bezirkskonferenz, zum Ersatz wurden Charlotte Matheis und Michael Quetting benannt.

Monika Guss (Ersatz: Charlotte Matheis) wurde für den neuen Bezirksvorstand nominiert.

Beschlossen wurde ein Antrag an die Bezirkskonferenz, ein friedenspolitisches Forum durchzuführen, um zu beraten, was wir gegen Hochrüstung und den Angriff auf den Sozialstaat tun können.

Verabschiedet wurde auch eine umfangreiche Entschließung „Friedensfähig statt kriegstüchtig - Hochrüstung und Ruin des Sozialstaates stoppen - Für eine soziale und ökologische Transformation im Saarland“, Dort werden auch die Meilensteine benannt, die sich der Ortsverein für das laufende Jahr vorgenommen hat. Ferner wurde spontan für eine Demonstration in Ramstein am 14.3 unter der Losung „Stoppt den Irankrieg“ aufgerufen.

Der Ortsverein hat sich viel vorgenommen. Er lädt alle Interessierten zur Mitarbeit ein.

Umfangreiche Entschließung von ver.di Saar-Blies:

Ostern für den Frieden in Saarbrücken

Der ver.di Bezirk Region Saar-Trier ruft auf, sich am Ostermarsch Saar am Ostersonntag in Saarbrücken zu beteiligen. Auch der Ortsverein Saar-Blies ruft zum Ostermarsch auf und hat auf seiner Mitgliederversammlung am 12. März eine umfangreiche Entschließung zur Friedensproblematik beschlossen, die wir hier dokumentieren.

Wir treffen uns am 4. April um 11:45 Uhr vor der Johanneskirche. Der Ostermarsch selbst beginnt um 11.59 Uhr (eine Minute vor 12). Gegen 13 Uhr findet vor der Europagalerie die Kundgebung mit dem Ministerpräsidenten a.D. Reinhard Klimmt statt. Die Musik kommt von der Band Amberhead. Das Motto lautet: **Kriegsvorbereitung stoppen! Völkerrecht verteidigen!**

Friedensfähig statt kriegstüchtig - Hochrüstung und Ruin des Sozialstaates stoppen - Für eine soziale und ökologische Transformation im Saarland

In den Jahren seit 2020 gab es mehr bewaffnete Konflikte als in den vorangegangenen drei Jahrzehnten, mit mehr Kriegstoten und einer Zunahme der Vertreibung von Menschen. Die Konfrontation zwischen den Großmächten hat ein Ausmaß erreicht, wie wir es seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr erlebt haben – einschließlich der Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen.



Die Waffen nieder – Kriege beenden!

2026 begann mit einer weiteren Zuspitzung der internationalen Lage – mit dem völkerrechtswidrigen Überfall auf Venezuela und der Entführung des Präsidenten und seiner Frau. Der US-Regierung geht es um die venezolanischen Erdölvorkommen und um die Verdrängung anderer Akteure aus dem amerikanischen „Hinterhof“ Lateinamerika. Mit dem Griff nach Grönland wollen die USA ihre Vorherrschaft im Nordatlantik und in der Arktis ausbauen. Der völkerrechtswidrige Angriff der USA und Israels auf den Iran macht den Nahen Osten zum Pulverfass. Bereits in den ersten beiden Tagen des Angriffskrieges gibt es zahlreiche zivile Opfer. Die Haltung der Bundesregierung zu diesem Vorgehen gibt Anlass zur Sorge. Statt den Völkerrechtsbruch zu benennen, zeigt man Verständnis und Unterstützung. Die Folgen für Stabilität und Frieden sind heute noch nicht absehbar. Die Versuche einer Neuaufteilung der Welt erhöhen



die Gefahr einer offenen Konfrontation der Weltmächte.

ver.di lehnt Kriege als Mittel der Politik grundsätzlich ab. Alle Konflikte zwischen den Staaten müssen auf dem Wege der Verhandlung gelöst werden. Dies muss die Leitschnur deutscher Außenpolitik sein. Darin liegt die gewachsene Verantwortung Deutschlands und daran messen wir die Aktivitäten der Bundesregierung.

Das Wettrüsten mit Mittelstreckenwaffen in Europa ist enorm riskant und gefährlich. Der INF-Vertrag verbot diese Waffen aus guten Gründen. Das Ziel muss ein INF-Folgeabkommen sein und keine Schaffung eigener Erstschlagfähigkeiten. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Stationierung von atomar bestückbaren US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stoppen und keine atomaren Mittelstreckenwaffen zu kaufen oder selbst zu entwickeln.

Hochrüstung stoppen – soziale Errungenschaften verteidigen

Die Krisen unserer Zeit Krieg, Armut, soziale Spaltung und die Klimakrise treffen die Beschäftigten mit voller Wucht. Wir erleben, wie unser Land mit massiver Hochrüstung zur europäischen Führungsmacht werden soll. Die Gesellschaft soll kriegstüchtig werden und die Militarisierung ist im Alltag spürbar. Die Bundesregierung will den NATO-Beschluss bis zum Jahr 2035, 5% des BIP für militärische Zwecke aufzuwenden vorzeitig umsetzen. Das bedeutet, dass annähernd 50 Prozent des Haushaltes für Militärausgaben verwendet werden. Jeder Euro der so verwendeten Mittel fehlt für Gesundheit und Bildung, für Kin-

derbetreuung und Soziales. Gleichzeitig erleben wir wie mit Angriffen auf Rente, Sozialversicherungen und Arbeitszeit der Sozialstaat ruiniert werden soll.

Wir fordern Investitionen in Bereiche der Daseinsvorsorge wie Schulen, Kitas, Verkehrswege und Krankenhäuser, die nicht militärischen Anforderungen untergeordnet werden dürfen.

Wir wenden uns gegen Maßnahmen der Militarisierung im Alltag von Beschäftigten, insbesondere gegen die Wiedereinführung oder Ausweitung der Wehrpflicht.

Gegen militärische Einsatz- und Notfallplanungen in sozialen Einrichtungen und im Gesundheitswesen, die einen möglichen Schutz in Kriegszeiten vorspiegeln und

gegen Werbe- und Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr in Schulen, Betrieben, Verwaltungen und Hochschulen.

Für eine soziale und ökologische Transformation im Saarland

Die Transformation im Interesse der Beschäftigten droht auf Strecke zu bleiben: Im Saarland sank die industrielle Wertschöpfung seit 2014 um 20 Prozent, mehr als 15.000 Industriearbeitsplätze, davon allein 5.000 im Jahr 2025, wurden seither abgebaut. Die Automobilproduktion bei Ford in Saarlouis ist eingestellt. Bei Bosch in Homburg gehen in den nächsten Jahren ca. 1.000 Arbeitsplätze verloren. Bei Voith in St. Ingbert ist eine ganze Belegschaft in eine Beschäftigungsgesellschaft übergegangen. Weitere massive Arbeitsplatzverluste insbesondere bei den Automobilzulieferern drohen.

Wir erleben gleichzeitig das Scheitern geplanter Ansiedlungen. Nach der Batteriefabrik SV Volt, Halbleiterfabrik Wolfspeed ist auch der geplante Bau einer Batteriefabrik in unserer strukturschwachen Nachbarschaft der Westpfalz gescheitert.

Genauso gescheitert sind die Vorhaben zweier Unternehmen Elektrolyseure zur Produktion von Wasserstoff im Saarland zu errichten. Der erfolgreiche Umbau der Stahlindustrie ist gefährdet.

Von Investitionen in gesellschaftlich notwendige Berei-



che wie die Produktion von Massenverkehrsmitteln wie Busse und Bahnen ist nichts zu erkennen. Ebenso wenig sind Fortschritte bei der Aufwertung der Beschäftigten von Dienstleistungs- und Gesundheitsberufen zu verzeichnen. Der Rückstand bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen wird nicht signifikant geringer.

Stattdessen beobachten wir einen massiven Ausbau der Rüstungsindustrie. So werden u.a. bei Diehl Defence 500 Millionen in den Standort Nonnweiler investiert, wo die Bodenlufrakete Iris -T zur Lieferung in die Ukraine produziert wird. Bei KNDS in Freisen wird der neue Patria Panzer hergestellt. Abgesehen davon, dass Rüstungsgüter sich nur im Einsatz verbrauchen und das Einsatzgebiet aller Waffen der Krieg ist, abgesehen davon, dass Rüstung auch in Friedenszeiten Umwelt und Klima schadet, sind Militärausgaben keine Investitionen die später Erträge abwerfen, sondern totes Kapital.

Wir wenden uns an die saarländische Landesregierung mit der Forderung: Keine Subventionen für die Rüstungsindustrie. Stattdessen müssen alle verfügbaren Ressourcen in einen sozialen und ökologischen Umbau des Landes mobilisiert werden.

Eingreifen vor Ort

Der ver.di Ortsverband Saar-Blies wird weiter im Rahmen seiner Möglichkeiten vor Ort in die Auseinandersetzungen eingreifen.

- Wir unterstützen den Ostermarsch 2026 und werben und mobilisieren für die Beteiligung am Ostersonntag, den 04. April in Saarbrücken
- Wir beteiligen uns an der Demonstration des DGB am 1. Mai in Saarbrücken
- Wir führen am 21. Juni 2026 eine „Internationale Friedensfahrt“ zu Stätten des Gedenkens an den Widerstand gegen den Hitlerfaschismus in Frankreich durch.
- Wir beteiligen uns an den Aktivitäten des DGB zum Antikriegstag am 1. September in Völklingen
- Wir wenden uns mit einem Antrag an die Bezirkskonferenz der ver.di Region Saar-Trier mit dem Ziel ein friedenspolitisches Forum in der Region durchzuführen.



Beschluss der Mitgliederversammlung:

Für ein friedenspolitische Forum

Auf der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Saar-Blies wurde einstimmig ein Antrag an die Bezirkskonferenz der Region Saar-Trier gefasst. Die ver.di-Mitglieder des Saarlandes wünschen sich die Organisation und Durchführung eines friedenspolitischen Forums.

Hier der Beschluss der Mitgliederversammlung:

Die ver.di Bezirkskonferenz Region Saar-Trier beauftragt den ver.di Bezirksvorstand mit der zeitnahen Durchführung eines friedenspolitischen Forums mit dem Arbeitstitel: „Was tun gegen Hochrüstung, Angriff auf den Sozialstaat und Umverteilung nach oben, Perspektiven für das Saarland.“

Das Forum soll die Debatte, wie ver.di als Teil der Friedensbewegung vor Ort in die Auseinandersetzungen für Friedensfähigkeit, gegen die Militarisierung des Alltags und zur Verteidigung des Sozialstaates wirksam eingreifen kann, weiterentwickeln und konkrete Handlungsorientierungen erörtern.

Es wird angestrebt Partner*innen aus DGB, Kirche, Kultur, Friedensbewegung und weiteren Vertreter*innen der Zivilgesellschaft zur Durchführung des Forums zu gewinnen.

Folgende Begründung wurde in der Debatte um den Antrag vorgetragen:

Wir stehen an einem Wendepunkt. Wir sehen, wie die Gefahr eines umfassenden Krieges von Tag zu Tag steigt. Die Krisen unserer Zeit Krieg, Armut, soziale Spaltung und die Klimakrise treffen die Beschäftigten

mit voller Wucht. Wir erleben, wie unser Land mit massiver Hochrüstung zur europäischen Führungsmacht werden soll. Die Menschen sollen kriegstüchtig werden und die Militarisierung ist im Alltag spürbar. Die Bundesregierung will den NATO-Beschluss bis zum Jahr 2035, 5% des BIP für militärische Zwecke aufzuwenden vorzeitig umsetzen. Das bedeutet, dass annähernd 50 Prozent des Haushaltes für Militärausgaben verwendet werden. Jeder Euro der so verwendeten Mittel fehlt für Gesundheit und Bildung, für Kinderbetreuung und Soziales. Gleichzeitig erleben wir wie mit Angriffen auf Rente Sozialversicherungen und Arbeitszeit der Sozialstaat ruiniert werden soll. Die Transformation im Interesse der Beschäftigten bleibt auf der Strecke. Stopp und eine Umkehr der beschriebenen Entwicklungen sind nur mit den Gewerkschaften möglich doch unsere Spielräume werden durch die beschriebene Entwicklung eingeschränkt.

Wir sehen daher die Notwendigkeit für eine Weiterentwicklung der Debatte, wie wir die aktuellen Entwicklungen einschätzen und mit welcher Handlungsorientierung wir vor Ort eingreifen können.



Bei ver.di am 9. April:

Kranke Versicherung

ver.di streitet für eine bestmögliche Versorgung kranker und pflegebedürftiger Menschen. Ausgehend von dieser Prämisse widersetzen wir uns jeder Leistungskürzung. Wir wollen eine solidarische gute Absicherung der Risiken bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Das wird Thema am 9. April in Saarbrücken bei verdi. Dazu werden wir Dr. Frank Bandau von der Arbeitskammer des Saarlandes begrüßen.

Auch die Bundesregierung will die Versicherungen stabilisieren. Bei den Ende März fälligen Empfehlungen zur Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wird es „keine Denkverbote“ geben, versprach Bundeswirtschaftsministerin Nina Warken (CDU), als die zuständige Finanzkommission Gesundheit eingerichtet wurde.

Diese Ankündigung dürfen die Versicherten, die schon jetzt mit den steigenden Beiträgen zu kämpfen haben, angesichts der laufenden Aushöhlung des Sozialstaats als Drohung begreifen. Die SPD schlägt vor, den Kreis der Beitragszahler auszuweiten. Das begrüßen die Gewerkschaften. Anders die Union. Ist es doch nicht so weit her, mit den Denkverboten fragt sich da der beteiligte Beobachter.

Trotz des von 2015 bis 2026 im Schnitt um zwei Prozentpunkte auf 2,9 Prozent gestiegenen Abzugs vom Bruttolohn namens Zusatzbeitrag prognostiziert das Gesundheitsministerium der GKV ab 2027 ein Defizit im zweistelligen Milliardenbereich. Allerdings gehört auch zur Wahrheit, dass die Sozialausgaben gemessen am Sozialprodukt heute nicht höher sind als vor 15 oder 20 Jahren. Darauf machte unser Vorsitzender Frank Werneke erst dieser Tage aufmerksam.

Der deutsche Sozialstaat steht – nicht zuletzt aufgrund der Aufrüstung – wieder zunehmend im Fokus der politischen Debatte. Die in der Öffentlichkeit diskutierten Reformvorschläge zielen häufig auf Leis-



tungskürzungen und eine Stärkung der privaten Vorsorge ab, in der Regel verbunden mit dem Ruf nach mehr „Eigenverantwortung“. Was in dieser Debatte in der Regel unterbelichtet bleibt, sind die Ein-

stellungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger zum Sozialstaat. So die Ansicht von Dr. Frank Bandau von der Abteilung Gesellschaftspolitik bei der Arbeitskammer des Saarlandes. Kollege Frank ist dort Referent für Sozialpolitik.

Im Rahmen des SozialstaatsRadars hat die Arbeitskammer des Saarlandes zusammen mit der Arbeitnehmerkammer Bremen und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) bundesweit 3.000 Personen zum Sozialstaat befragt. Die Befunde sind eindeutig: Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine gute und verbindliche soziale Sicherung. Deutlich mehr private Vorsorge wird dagegen abgelehnt. Zur Stabilisierung und Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme sind die Menschen bereit, höhere Beiträge zu leisten. Zudem wünschen sie sich eine Stärkung des Solidarcharakters der Sozialversicherungen. Dazu soll unter anderem der Versichertenkreis ausgeweitet werden. Auf Basis dieser Ergebnisse lassen sich für die Politik klare sozialpolitische Handlungsempfehlungen ableiten, so der Experte unserer Arbeitskammer.

Politische Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Sicherungssysteme seien in Zeiten der wirtschaftlichen Transformation unerlässlich, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie zu stärken. Darüber werden wir am Donnerstag, 9. April ab 18 Uhr mit Frank Bandau diskutieren. Zur Einführung hält er ein Referat mit dem Titel „Kranken- und Pflegeversicherung: Vorschläge der Reformkommissionen und Alternativen im Interesse der Versicherten.“ Wir freuen uns auf die Diskussionen.



Schon 2025 war Frank Bandau Referent beim Ortsverein Saar-Blies gewesen. Das war Grund genug den Experten der Arbeitskammer erneut ins ver.di-Haus einzuladen.

ver.di hat Ulrike Eifler erneut eingeladen:

Ulrike und die Zeitenwende

Aus der Geschichte wissen wir, dass Umbrüche mit dem Potenzial weltkriegerischer Auseinandersetzungen nicht nur mit erheblichen Angriffen auf die Welt der Arbeit einhergingen, sondern die Arbeiterbewegung stets in die Krise stürzten. Das sagt Ulrike Eifler, die bekannte Gewerkschaftssekretärin aus Würzburg. Seit 2017 gehört sie zum Sprecher*innenkreis der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft in der Partei Die Linke und ist Mitglied im Parteivorstand. Nun ist sie am 13. Mai in Saarbrücken.

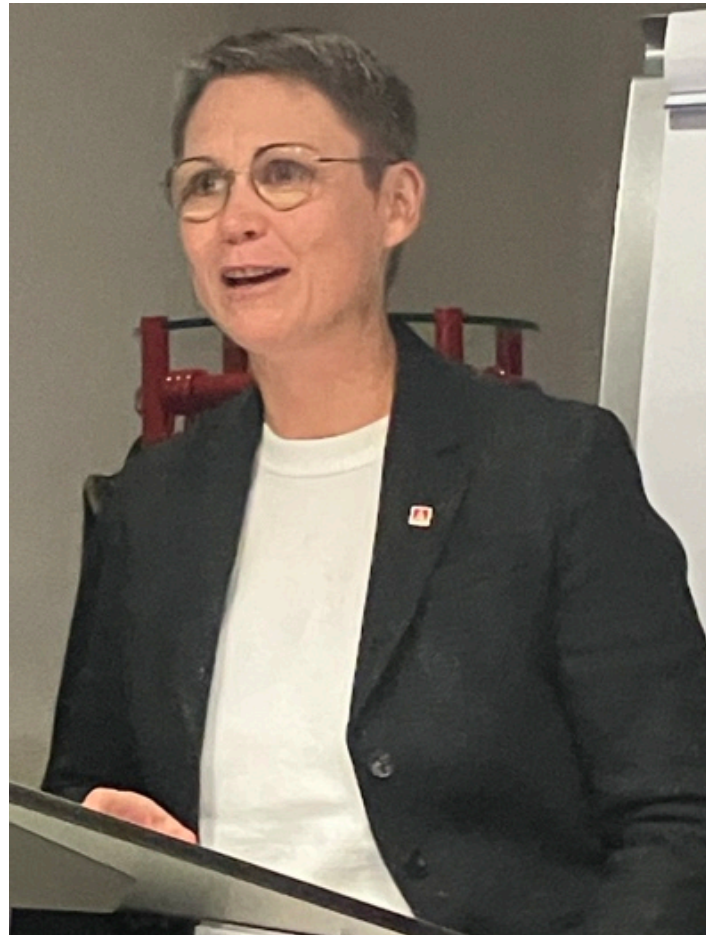
Wir haben sie in Saarbrücken bei ver.di schon einmal als Referentin gewinnen können und sie hat bei uns einige positive Spuren hinterlassen.

Sie hat ein Buch herausgegeben, das fleißig innerhalb der Gewerkschaften diskutiert wird.

Das Buch wird von der Herausgeberin mit einem Beitrag über die Zeitenwende als „Frontalangriff auf die Klasse der Lohnabhängigen“ eingeleitet und mit einem Nachtrag zur „Frage des politischen Mandats“ der Gewerkschaften abgeschlossen. Den Hauptteil bilden 14 meist kurze Texte, die von 17 Autoren und Autorinnen aus unterschiedlichen Gewerkschaftsbereichen bzw. Professionen stammen. Eifler stellt eingangs klar, dass der Sammelband mit der aufgeworfenen Frage nach „den Auswirkungen der aktuellen Kriegsvorbereitungspolitik auf die Welt der Arbeit“ einen „Beitrag zur gewerkschaftlichen Strategiebildung“ liefern will – fußend auf profunden Analysen, die aus unterschiedlichen professionellen Blickwinkeln erfolgen. Die gegenwärtige Lage mit ihren globalen Verwerfungen sei das Produkt einer multiplen Krise. Zentrale Auswirkung des Aufrüstungskurses in der BRD sei die Ruinierung des Sozialstaates.

Die ver.di-Gewerkschaftssekretäre Dierk Hirschel und Ralf Krämer nehmen dann den Faden von Eiflers Einleitung auf und fragen nach den sozialen Kosten des deutschen Hochrüstungskurses. Hirschel thematisiert die Frage „Kanonen oder Butter?“ und legt dar, dass angesichts der heutigen Lage beides nicht zu haben ist. Auch die Hoffnungen, per Rüstungswirtschaft einen Aufschwung anzustoßen und somit letztlich eine

Finanzierung des Sozialstaates auf dem bisherigen Niveau sicherzustellen, seien eine Täuschung: „Militärausgaben sind keine Investitionen, die später Erträge abwerfen. Rüstungsgüter sind totes Kapital. Aus ökonomischer Sicht



sind Militärausgaben lediglich staatlicher Konsum.“ Auch Krämer hält die Vereinbarkeit der beiden Ausgaben-Posten, die durch ein effektives Wirtschaftswachstum hergestellt werden soll, für illusionär. „Hochrüstung ruiniert Sozialstaat und Zukunft“ heißt sein Beitrag.

Sidar Carman und Armin Duttine, ebenfalls bei Verdi als Gewerkschaftssekretärin bzw. sekretär tätig, liefern dazu instruktive Einblicke in die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. Im Zuge der Arbeitgeberforderungen nach Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerungen und Abweichungen vom Flächentarifvertrag komme auch gewerkschaftliche Tarifpolitik zunehmend unter Druck.

Die Veranstaltung mit Ulrike Eifler findet am Mittwoch, dem 13. Mai um 18 Uhr im Großen Sitzungssaal des ver.di-Hauses in der St. Johanner Str. 49 statt. Es geht ausdrücklich herzliche Einladung an unsere Kolleg*innen in der Gewerkschaftsfamilie und bei den Friedens Freundinnen und Freunden.



Mit dem Fachbereich C unterwegs:

Wer fährt mit nach Hannover?

Der Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft fährt dieses Jahr zur Konferenz der Gesundheitsminister nach Hannover.

Sozialstaat und Arbeitnehmer*innenrechte werden attackiert. Und die Angriffe machen auch vor dem Gesundheitswesen nicht halt. Im Krankenhaus und in der Altenpflege werden verbindliche Personalvorgaben weiter verschleppt oder verwässert und die solidarische Finanzierung von Gesundheit und Pflege steht unter massivem Druck. Unter dem Vorwand einer neuen „Vertrauenskultur“ soll dereguliert und hart erkämpfte Fortschritte rückabgewickelt werden. Die Folgen sollen die Beschäftigten im Gesundheitswesen tragen. Das lassen wir nicht unwidersprochen.

Unsere Mitglieder können gerne die zwei Tage mitfahren. Anmeldung erfolgt über den QR-Code.

**RADIKAL
SOZIAL**

Wir fordern

ver.di



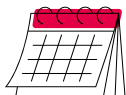
eine verbindliche und bedarfsgerechte Personalbemessung in allen Bereichen des Gesundheitswesens



eine verlässliche, solidarische Finanzierung von Gesundheit & Pflege,
einen starken Sozialstaat, der Menschen schützt statt Profite

und fahren mit unseren Forderungen im Gepäck zur

Konferenz der Gesundheitsminister*innen



09./10. Juni 2026



Hannover



Abfahrt am 09.06.2026 um
ca. 16:00 Uhr in Saarbrücken, ver.di-Haus
ca. 16:45 Uhr in Homburg, P+R



Hotel-Übernachtung in Hannover



Demo und Protest-Kundgebung



Rückfahrt am 10.06.2026
um ca. 16:00 Uhr

Anmeldefrist: 12. Mai 2026



Für ver.di-Mitglieder kostenfrei

**Gesundheit,
Soziale Dienste, Bildung
und Wissenschaft**

Jetzt anmelden:

Internationales Treffen gegen Faschismus und Krieg

Mit diesem internationalen Treffen wollen wir zur Vernetzung der gewerkschaftlichen Friedenskräfte beitragen.

Aufrüstung und Sozialabbau verlaufen international. Deswegen ist das Eintreten für Abrüstung und Frieden immer internationalistisch und stützt sich auf den

**Saar - Lor - Lux
Sonntag,
21. Juni 2026**

Kampf der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften. Unsere Losung sei: Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter.

Am 22. Juni 1941 überschritten Truppen Nazi-Deutschlands und seiner Verbündeten die Grenzen zur UdSSR.

Der Feldzug zielte auf einen rassistischen Vernichtungskrieg zur Zerstörung des „jüdischen Bolschewismus“: Der gesamte europäische Teil der Sowjetunion sollte erobert, ihre politischen und militärischen Führungskräfte ermordet und große Teile der Zivilbevölkerung dezimiert und entrechtet werden.

Mit dem Hungerplan, zu dem die Belagerung Lenins gehörte, wurde der Hungertod vieler Millionen Kriegsgefangener und Zivilisten einkalkuliert, und nach dem „Generalplan Ost“ sollten großangelegte Vertreibungen folgen, um die eroberten Gebiete anschließend zu germanisieren.

Außerdem wurden Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD ausgebildet, die hinter der Front

Massenmorde an Juden, Slawen und kommunistischen Funktionären begehen sollten.

Zu all dem erteilte das NS-Regime seit März 1941 völkerrechtswidrige Befehle, die von der Wehrmachtsführung ihrerseits übernommen und weitergegeben wurden.

Die Sowjetunion verlor durch diesen Krieg fast 28 Millionen Menschen. Ein Drittel der Toten waren Soldaten, zwei Drittel Zivilisten.

Aus Anlass des 85. Jahrestages des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion (Operation Barbarossa) findet dieses Internationales Treffen gegen Faschismus und Krieg im Drei-Länder-Eck statt.

Aktuell erarbeiten Rainer Tobae, Michael Quetting, Ernst-Rainer Hertel und Karl-Heinz Kesternich das genaue Programm. Wir mussten von unserem ursprünglichen Plan nach Metz zu fahren Abstand nehmen und wollen nun uns mit dem Widerstand in Luxemburg befassen.

Wir fahren mit dem Bus nach Esch nur Alzette in Luxemburg Nationales Museum für Resistenz und Menschenrechte. Von dort geht es nach Frankreich zum Mittagessen. Am Nachmittag findet in der Nähe von Boulay-Moselle die internationale Kundgebung statt.

Weitere Infos gibt es nach der verbindlichen Anmeldung.

Anmeldung

formlos per

Mail an:

Michael@Quetting.de

Die nächsten Termine im Jahr:

Wir treffen uns

In der Regel gehört uns der zweite Donnerstag im Monat. Dann heißt es, heute ist ver.di-Tag und wir treffen uns im Großen Sitzungssaal im ver.di-Haus in Saarbrücken. Beim Gewerkschaftstreff besprechen wir aktuelle Fragen und verständigen uns über aktuelle Kämpfe und überlegen, wo wir unterstützen können. Und dann gibt es noch spannende Veranstaltungen mit bekannten Referentinnen und Referenten. und... nicht immer ist es donnerstags...



- **Donnerstag 12.03.26 18 Uhr, ver.di-Haus:** Mitgliederversammlung
- **Montag, 23.03.26 13 Uhr im ver.di Haus:** OV Saar- Senior*innen, Wahl des OV-Vorstands Senior*innen, Delegierte und Vorschläge für Bezirks-Senior*innen Konferenz
- **Samstag, 04.04.26 11:59 Uhr, Johanniskirche:** Ostermarsch in Saarbrücken

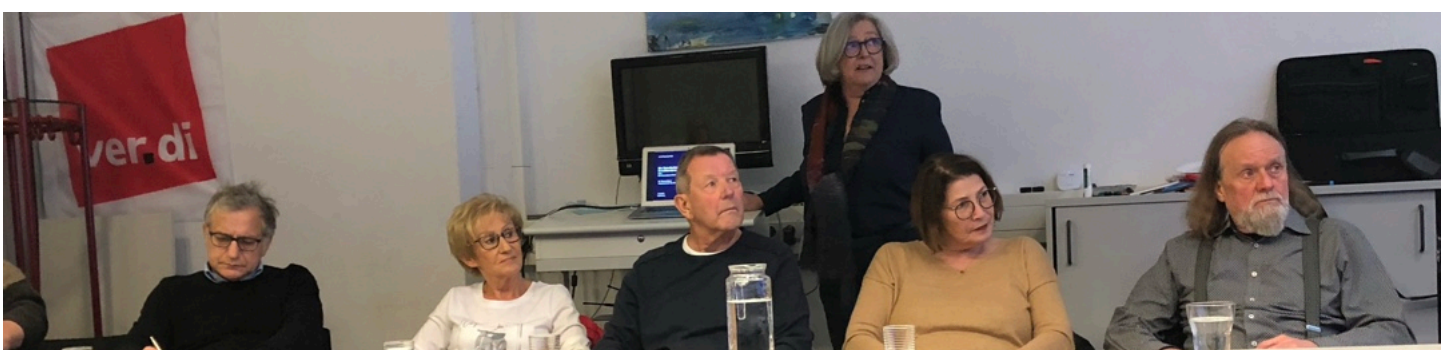


- **Donnerstag 09.04.26 18 Uhr ver.di-Haus:** Dr. Frank Bandau: „Kranken- und Pflegeversicherung: Vorschläge der Reformkommissionen und Alternativen im Interesse der Versicherten.“
- **Freitag, 01.05.26 11 Uhr, vom Tbilisser Platz zum Schlossplatz** Maidemo und Fest
- **Samstag, 02.05.26, Saarbrücken** Aktion der ver.di-Frauen zum Jahrestag des Sturms

- der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis
- **Mittwoch, 13.05.26 18 Uhr:** Ulrike Eifler, Schriftstellerin und Gewerkschafterin, Bundessprecherin der BAG Betrieb & Gewerkschaft“ Die Linke: „Gewerkschaften in der Zeitenwende. Wie die Hochrüstung Sozialstaat und Zukunft ruiniert.“
- **Dienstag, 09. - 10.06.26 Fahrt nach Hannover** Konferenz der Gesundheitsminister*innen
- **Donnerstag, 11.06.26 18 Uhr ver.di-Haus:** Gewerkschaftstreff



- **Sonntag, 21.06.:** Internationales Treffen gegen Faschismus und Krieg
Tagesfahrt nach Luxemburg und Frankreich zur Internationalen Kundgebung
- **Donnerstag 09.07.26 18 Uhr im ver.di-Haus:** Thema Künstliche Intelligenz und Zukunft der Arbeit. Referent Dr. Luitpold Rampeltshammer
- **Donnerstag, 13.08.26 18 Uhr im ver.di-Haus:** Gewerkschaftstreff
- **Dienstag, 01.09.26 Völklingen, Schillerpark:** Antikriegstag des DGB Kranzniederlegung am Denkmal „Nie wieder Faschismus“ in Völklingen mit anschließendem Friedensfest des DGB
- **Donnerstag, 10.09.26 18 Uhr im ver.di-Haus** Thema mit Referent
- **Donnerstag, 08.10.26 18 Uhr im ver.di-Haus** Gewerkschaftstreff: Gedanken für Arbeitsvorhaben 2027
- **29.10.26 in Kirkel:** Bezirkskonferenz ver.di Region Saar-Trier
- **12.11.26 18 Uhr im ver.di-Haus** Thema mit Referent
- **10.12.26 18 Uhr im ver.di-Haus:** Jahresendfeier



Frühlingsempfang des DGB:

Schwierige Lage

Geschäftsführerin Fabienne Wolfanger konnte auf dem diesjährigen Frühlingsempfang des DGB über 250 Personen begrüßen, unter den Gästen auch Vertreter*innen von ver.di und unserem Ortsverein.

Deutliche Worte kamen vom stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Rheinland-Pfalz – Saarland, Timo Ahr, als er die Bedeutung der Betriebsräte und deren Kampf um Mitbestimmung beschrieb. Man könne sich nicht genug für ihr Engagement bedanken, wenn es um den Kampf um gute Arbeit gehe. Er sei verärgert, wenn man die Gewerkschaften und Betriebsräte oder auch die gesamten arbeitenden Menschen die Schuld für die zahlreichen Krisen gebe. So sei die Zukunft der Rente keine Frage von Luxus. Es ginge



um Respekt und Würde für jene, die hart gearbeitet hätten wie genauso für die Perspektive für die heute jungen Kolleginnen und Kollegen. Die Versuche, die Gewerkschaften z.B. bei der Rentenkommission auszugrenzen, würden auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften stoßen. Die Vorwürfe an die abhängig Beschäftigten, sie seien zu faul und müssten mehr arbeiten, seien angesichts 1,2 Milliarden im Jahr geleisteter und zum Teil unbezahlter Überstunden skandalös. Scharf seine Worte: „Wir lassen uns nicht verarschen.“

Auch die Ministerpräsidentin Anke Rehlinger hatte die Lage als „nicht einfach“ beschrieben. Die Krisen seien vom Saarland aus kaum zu ändern, aber man müsse darauf im Interesse der Menschen reagieren. Klare und deutliche Worte fand sie zum Krieg gegen den Iran. Dies sei nicht in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, was die Anwesenden mit spontanen Beifall unterstrichen. Sie warnte vor der Gefahr eines Flächenbrandes. Angesichts der hohen Spritpreise forderte sie ein Eingreifen der Politik. Rehlinger wirft den Mineralölkonzernen Abzocke vor und setzte sich dafür ein, etwa eine Übergewinnsteuer einzuführen. Natürlich erläuterte sie die Politik ihrer Landesregierung, beschönigte die Probleme durchaus nicht, allerdings bleiben ihre Ideen größtenteils in dem Beharren auf eine Standortpolitik bestehen. Das System gar in Frage zu stellen oder zumindest mehr Rechte für die Beschäftigten zu fordern, steht nicht auf der Agenda. Allerdings ist ihre Meinung, dass man den Sozialstaat nicht nach Kassenlage finanzieren dürfe,

auch dürfe man ihn nicht brutal abbauen, um nicht die Angst der Bevölkerung zu erhöhen.

Ihr Ziel sei es langfristig Wirtschaftspolitik und Ökologie zu versöhnen. Froh äußerte sie sich über die wachsende Rüstungsproduktion - „ich weiß, da ist hier die Begeisterung bei einigen nicht sehr ausgeprägt“ - angesichts der Bedrohungslage, sei es aber sinnvoll und gut, dass Rüstungsgüter auch an der Saar produziert würden.

Anke Rehlinger bedankte sich ausdrücklich bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und hob hervor, dass ihre Landesregierung ohne Zögern das Ergebnis der Länderrunde des ÖD direkt auf die saarländischen Beamten übertragen habe.

Der ver.di OV-Vorsitzende Rainer Tobae bedauerte, im Gespräch mit Kollegen bei Currywurst und Bier, dass sowohl Kollege Ahr als auch Anke Rehlinger sich nicht deutlicher gegen die Aufrüstung positionieren hätten. Es sei dringend geboten, deutlich zu machen, dass Sozialabbau und geringe Löhne eine Folge der exorbitanten Rüstung seien. Sozialabbau sei die Kehrseite der Aufrüstung. Butter und Kanonen sei ein Trugbild. Dagegen müsse man dringend die Beschäftigten mobilisieren.



DGB

Erst unsere Jobs, dann eure Profite

1. Mai 2026

Saarbrücken

11:00 Uhr - Demo (Tbilisser Platz SB)

12:00 Uhr - Kundgebung (Schloss SB)

Eröffnung durch den Saarknappenchor

Anschließend Familienfest und Musik

25 Jahre ver.di:

Lust auf mehr!

Am 19. März 2026 feiert ver.di 25. Geburtstag und ist nun wirklich groß und stark. Eine gestandene Gewerkschaft, die aus dem öffentlichen Leben in Deutschland nicht mehr weg zu denken ist:

Seit einem Vierteljahrhundert ist ver.di als kampfkraftige Organisation sichtbar, deren Mitglieder sich für gute Arbeits- und Lebensbedingungen, für Demokratie

und eine solidarische Gesellschaft einsetzen. Zusammen geht mehr -

Das ist unser Leitmotiv und haben wir vielfach unter Beweis gestellt.

So gäbe es heute ohne ver.di keinen gesetzlichen Mindestlohn, um nur ein Beispiel zu nennen für die Entwicklungen in der Arbeitswelt und Gesellschaft, die wir zusammen angeschoben haben.

ver.di: Das sind rund 1,8 Millionen Mitglieder aus 1000 Berufen - Und wir haben Lust auf mehr, denn es gibt noch jede Menge zu tun, um Arbeitsbedingungen nach unseren Vorstellungen zu gestalten. Wir wollen eine Politik, in der starke Schultern mehr tragen als schwache und wir sind noch lange nicht fertig!

Handel:

ver.di beschloss Forderungen

Die Tarifkommission fordert für den Einzel- und Versandhandel im Saarland:

- Erhöhung der Einkommen um 225 Euro
- Erhöhung der Auszubildendenvergütung je Ausbildungsjahr um 150 Euro
- Die Laufzeit der Tarifverträge soll 12 Monate betragen

Volksabstimmung gewünscht:

Gegen Mittelstreckenraketen in Deutschland

Ab 2026 sollen US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationiert werden – ohne Bundestagsabstimmung. Diese Waffen erhöhen das Eskalationsrisiko durch kurze Vorwarnzeiten. Die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig“ fordert: Keine Stationierung – für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen! Die Initiative ABSTIMMUNG21 ermöglicht eine Volksabstimmung zu diesem Thema, aber erstmal geht es darum, dass das Thema überhaupt eines der drei Abstimmungsthemen 2026 wird. Nach der Postkartenaktion an Verteidigungsminister Pistorius stehen am 30. Mai die Aktionen an den Standorten Wiesbaden und Grafenwöhr an.

Wehrbeauftragter

Zum Wehrdienst mit 70

Die Bundeswehr braucht laut dem Wehrbeauftragten Otte vor allem mehr Personal. Deshalb forderte er einen Wehrdienst bis 70 Jahre. Das las ich in der FAZ. Also, nicht nur die Jungen und Mädels unter 18 Jahren, man nennt sie Kinder. Das waren 2025 immerhin schon 3.100. Jetzt auch die Alten. Bei Adolf Hitlers Volkssturm ging das Alter zwar schon ab 16, endete aber mit 60.

Die Jungen werden heute bereits zum neuen Wehrdienst geschoben und an den Alten ist der Staat auch schon dran. Wehrfähigkeit mit den Großvätern? Ist das das letzte Aufgebot zur letzten Schlacht? Da passt doch, wenn unser Bundeskanzler sich nicht an das Friedensgebot des Grundgesetzes erinnert und meint, „Frieden gibt es auf jedem Friedhof“.

Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: christian.umlauf@verdi.de

OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de

Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf